

7/8

niedersachsen *magazin*

Juli/August 2026 • 88. Jahrgang

dbb beamtenbund und tarifunion niedersachsen

Sicherheit für den öffentlichen Dienst!



Seite 2 <

Leitartikel
Alexander Zimbehl

Seite 4 <

Tat in Stade

Seite 6 <

Wasser- und
Eisspende

Respekt ist keine Einbahnstraße

Warum unser Staat diejenigen besser schützen und wertschätzen muss, die ihn täglich tragen

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

bei allen politischen Diskussionen, die wir als Gewerkschafter und gewerkschaftliche Spitzenorganisation führen, stehen für mich immer die Menschen im Mittelpunkt. Deshalb fällt es mir schwer, diesen Leitartikel mit politischen Forderungen oder gewerkschaftlichen Positionen zu beginnen. Denn manchmal gibt es Ereignisse, bei denen politische Bewertungen zunächst in den Hintergrund treten müssen. Ereignisse, die uns sprachlos machen. Ereignisse, die weit über Schlagzeilen oder öffentliche Debatten hinausgehen.

Die schreckliche Gewalttat von Stade ist ein solches Ereignis. Sechs Menschen verloren dort innerhalb weniger Minuten ihr Leben. Sechs Menschen, die an diesem Morgen nichts anderes getan hatten, als ihrer täglichen Arbeit nachzugehen. Sechs Menschen, die Verantwortung für andere übernommen hatten. Sechs Menschen, die ihren Beruf mit Überzeugung ausübten – und die am Abend nicht mehr zu ihren Familien zurückkehren konnten.

Und ich sage auch in aller Deutlichkeit, dass mich dieses Ereignis in einem ganz besonderen Maße betroffen gemacht hat. Dabei denke ich nicht zuerst an politische Bewertungen oder an die Vielzahl medialer Berichte. Ich denke an die Familien, an Eltern, die ihre Kinder verloren haben. An Ehepartnerinnen und Ehepartner, die plötzlich vor einem Scherbenhaufen ihres bisherigen Lebens stehen. An Kolleginnen und Kollegen, die morgens ihre Dienststelle betreten und wissen, dass sechs vertraute Gesichter nie wieder an ihren Arbeitsplatz zurückkehren werden.

Besonders erschüttert hat mich das Schicksal zweier kleiner Kinder im Alter von gerade einmal drei und vier Jahren. Sie verloren bei dieser Tat ihre Mutter. Ihr Vater war wenige Wochen zuvor verstorben. Innerhalb kürzester Zeit wurden sie zu Vollwaisen.

■ Es gibt Momente, in denen jede politische Diskussion klein erscheint

Gerade deshalb sollten wir uns immer wieder bewusst machen, dass hinter jeder Nachricht, hinter jeder Eilmeldung und hinter jeder Statistik Menschen stehen. Menschen mit Hoffnungen, Plänen und Träumen. Menschen, die morgens zur Arbeit gingen und selbstverständlich davon ausgehen durften, am Abend wieder nach Hause zurückzukehren.

Diese Selbstverständlichkeit ist durch Stade auf grausame Weise erschüttert worden.

Besonders bedrückend ist dabei der Ort dieser Tat. Die Opfer befanden sich in einer Einrichtung, deren Aufgabe es ist, jungen Müttern und ihren Kindern Schutz, Hilfe und Perspektiven zu geben. Drei Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Jugendamtes der Region Hannover sowie drei Beschäftigte des freien Trägers erfüllten dort ihren Auftrag, Familien zu unterstützen und Verantwortung für das Wohl eines Kindes zu übernehmen. Ausgerechnet an einem

Ort, der Schutz bieten soll, wurden diejenigen Opfer, die anderen helfen wollten.

Diese Tragik macht das Geschehen nahezu unerträglich. Und gerade deshalb dürfen wir nicht zulassen, dass Stade irgendwann nur noch als weiteres Datum in einer Chronologie schrecklicher Ereignisse wahrgenommen wird.

Wer glaubt, Stade sei ein tragischer Einzelfall gewesen, verschließt die Augen vor einer Entwicklung, die uns alle zunehmend beschäftigen muss. Vor wenigen Monaten verlor ein Gerichtsvollzieher im Saarland bei der Ausübung seines Dienstes sein Leben. Wenige Zeit später wurde ein Zugbegleiter während einer Fahrscheinkontrolle tödlich angegriffen. In Mannheim hat vor zwei Jahren ein Kollege der dortigen Landespolizei, im saarländischen Völklingen vor knapp einem Jahr ein weiterer Kollege, sein Leben im dienstlichen Einsatz gelassen. Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte berichten seit Jahren von steigender Gewaltbereitschaft. Rettungskräfte werden während ihrer Einsätze angegriffen. Beschäftigte in Jobcentern, Ausländerbehörden, Justizvollzugsanstalten oder kommunalen Verwaltungen erleben Beleidigungen, Bedrohungen und Einschüchterungsversuche längst nicht mehr als Ausnahme, sondern vielerorts als bedrückenden Bestandteil ihres Berufsalltags.

Natürlich unterscheiden sich die Hintergründe dieser Taten. Niemand sollte sie miteinander vermengen oder vorschnelle Schlussfolgerungen ziehen. Und dennoch verbindet sie eine beunruhigende Gemeinsamkeit.

Immer häufiger werden Menschen Opfer von Gewalt, weil sie öffentliche Aufgaben wahrnehmen. Weil sie den Staat repräsentieren. Weil sie Entscheidungen treffen müssen. Weil sie Recht durchsetzen. Weil sie Regeln erklären. Weil sie Verantwortung übernehmen. Das darf uns nicht gleichgültig werden.

■ Gewalt beginnt, wo Respekt geht

Und genau hier beginnt allerspätestens die gesellschaftliche und politische Debatte. Gewalt beginnt nämlich nicht erst mit einem Messer oder einer Schusswaffe. Gewalt beginnt dort, wo Respekt verloren geht, und sie beginnt dort, wo Beschäftigte des öffentlichen Dienstes beleidigt, bedroht oder bespuckt werden. Auch diese Debatte ist keinesfalls neu – die Spirale dreht sich aber immer weiter und die politische Reaktion bleibt aus. Wenn Lehrerinnen



> Alexander Zimbehl,
1. Landesvorsitzender

© dbb niedersachsen



und Lehrer beispielsweise als Gegner wahrgenommen werden, wenn Rettungskräfte an ihrer Arbeit gehindert werden, wenn Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte – im Übrigen auch gerne aus dem politischen Raum und durch in Parlamenten vertretene Parteien – pauschal verächtlich gemacht werden oder Beschäftigte in Behörden als Feindbild dienen.

Sie beginnt dort, wo Menschen nicht mehr als Menschen gesehen werden, sondern nur noch als Vertreter einer Institution

Ich habe einen Tag nach den Ereignissen in Stade die Möglichkeit bekommen, mich in verschiedenen Medien bundesweit zu äußern. Und ich habe in diesem Zuge immer wieder meine Sorge über diese Entwicklung deutlich gemacht, nicht nur als Landesvorsitzender des dbb niedersachsen, sondern als Bürger dieses Landes.

Denn der öffentliche Dienst ist kein abstrakter Verwaltungsapparat. Er besteht aus Menschen, die jeden Morgen Verantwortung übernehmen, die helfen, schützen und beraten! Aus den Menschen, die unseren Staat Tag für Tag funktionsfähig halten.

Deshalb genügt es aus meiner Sicht längst nicht mehr, nach jeder Gewalttat Betroffenheit auszudrücken.

■ **Betroffenheit ist wichtig und menschlich, aber sie ersetzt kein Handeln**

Politik muss endlich konsequent handeln und auch darauf habe ich in der Vergangenheit bereits deutlich hingewiesen. Und um es aus meiner Sicht noch deutlicher zu unterstreichen: Der Staat besitzt das Gewaltmonopol. Daraus erwächst nicht nur das Recht, dieses Monopol entsprechend umzusetzen, sondern gleichzeitig auch die Pflicht, seine Beschäftigten zu schützen. Dieser Pflicht muss er künftig deutlich entschlossener gerecht werden.

Wir brauchen deutlich bessere Sicherheitskonzepte für gefährdete Arbeitsbereiche, regelmäßige Gefährdungsanalysen und wir brauchen bauliche und technische Schutzmaßnahmen dort, wo Beschäftigte besonderen Risiken ausgesetzt sind.

Gleichzeitig brauchen wir endlich eine konsequente Strafverfolgung aller Angriffe auf Beschäftigte des öffentlichen Dienstes, genauso wie eine gesellschaftliche Haltung, die unmissverständlich deutlich macht:

Wer Beschäftigte des öffentlichen Dienstes angreift, greift nicht irgendeinen Arbeitgeber an. Er greift unseren Rechtsstaat an.

Neben der Betroffenheit und den politischen Forderungen habe ich für den dbb niedersachsen und seine knapp 90.000 Mitglieder aber auch eines deutlich gemacht: Wir brauchen jetzt keine politische Betroffenheit – und nur einen Tag später gehen wir zur Tagesordnung über. Dann tut Politik nichts anderes, als hilflos auf das nächste Ereignis zu warten, den nächsten Ort, das nächste Opfer und die nächste Tat.

Aber genau diesen Eindruck habe ich im Zusammenhang mit den Ereignissen von Stade leider wieder einmal nicht nur erwartet, sondern tatsächlich auch erlebt. Spätestens am Wochenende nach dieser Tat war zumindest aus der offenen politischen Wahrnehmung das Thema wieder verschwunden. Die teilweise skurrilen Begleiterscheinungen dieser Tat scheinen schnell zur Nebensache zu werden und vor allem eines trifft mich erneut: Die dringend erforder-

liche politische Debatte über Folgen und Konsequenzen scheint nicht einmal zu beginnen.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, seien Sie sich sicher, dass wir als dbb niedersachsen auch weiterhin mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln diese Fragen erörtern und unsere klaren politischen Forderungen zum Schutz unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter formulieren werden. Wir werden diese und auch eine folgende Landesregierung in aller Deutlichkeit an ihren Auftrag, auch als oberster Dienstherr von 225.000 Beschäftigten in diesem Land, erinnern. Auch das ist eine Form des Respekts und Respekt endet zu keinem Zeitpunkt des beruflichen und privaten Lebens.

■ **Respekt endet nicht mit dem letzten Arbeitstag**

Gerade deshalb endet die Diskussion über Respekt nicht dort, wo körperliche Unversehrtheit beginnt oder endet – Respekt zeigt sich nicht nur darin, wie wir diejenigen schützen, die jeden Tag Verantwortung für unseren Staat übernehmen.

Respekt zeigt sich ebenso darin, wie wir mit ihnen umgehen, wenn sie jahrzehntelang Verantwortung übernommen haben. Und damit komme ich zu einem zweiten Thema, das uns als dbb niedersachsen in den kommenden Monaten intensiv beschäftigen wird: den Ergebnissen der Alterssicherungskommission.

Ich will offen sagen: Die bisherigen Vorschläge und die öffentliche Diskussion darüber erfüllen mich nicht nur mit Skepsis, sondern auch mit großer Sorge. Nicht, weil Veränderungen grundsätzlich ausgeschlossen wären oder weil Reformen per se abzulehnen wären. Sondern weil ich zunehmend den Eindruck gewinne, dass über das Berufsbeamtentum gesprochen und publiziert wird, ohne auch nur ansatzweise seine verfassungsrechtlichen Grundlagen wirklich zu verstehen.

In den vergangenen Wochen war häufig von „Privilegien“, „Sonderrechten“ oder einer „Angleichung“ an andere Alterssicherungssysteme die Rede. Solche Schlagworte mögen sich für politische Debatten eignen, sie können gerne auch durch eine Bundesarbeitsministerin verwendet werden, die ganz offensichtlich den tatsächlichen Bezug und die Hintergründe nicht in vollem Umfang erkennen mag.

Diese Schlagworte werden der Realität jedoch nicht gerecht, denn das Berufsbeamtentum ist kein gewöhnliches Beschäftigungsverhältnis, sondern ein gegenseitiges Treueverhältnis.

Der Staat verlangt von seinen Beamtinnen und Beamten besondere Loyalität, und ich weise auch darauf hin, dass der Staat dieses zu Recht tut. Gleichzeitig verlangt er politische Neutralität und vor allen Dingen die uneingeschränkte Erfüllung des Dienstes.

Er verlangt in vielen Bereichen die Bereitschaft, Verantwortung weit über das normale Maß hinaus zu übernehmen, in Krisenzeiten ein zuverlässiges Funktionieren – Beamtinnen und Beamte dürfen zudem nicht streiken.

Und genau deshalb verpflichtet ihn unsere Verfassung im Gegenzug zu einer amtsangemessenen Alimentation – eben nicht als freiwillige Leistung oder politische Großzügigkeit. Sondern als tragendes Fundament unseres Berufsbeamtentums.



Wer deshalb heute über die Versorgung spricht, darf niemals nur den letzten Abschnitt eines Berufslebens betrachten, sondern muss immer das gesamte Berufsleben in den Blick nehmen, und genau diesen Zusammenhang vermisste ich in weiten Teilen der aktuellen Diskussion.

Wer ausschließlich über Versorgungsausgaben spricht, blendet die besonderen Pflichten ebenso vollständig aus wie das tatsächliche Zustandekommen. Und wer ausschließlich über Kosten spricht, vergisst den Wert eines funktionierenden Staates, riskiert bei kurzfristigen Einsparpotenzialen sogar langfristig erheblich größere Schäden.

Denn eines dürfen wir bei aller notwendigen Diskussion niemals vergessen: Der öffentliche Dienst befindet sich längst in einem intensiven Wettbewerb um qualifizierte Nachwuchskräfte. Der öffentliche Dienst kann jedoch diesen Wettbewerb nicht allein mit dem Hinweis auf gesellschaftliche Verantwortung gewinnen.

Er braucht überzeugende Rahmenbedingungen, Verlässlichkeit und Glaubwürdigkeit.

Gerade deshalb sehe ich die Ergebnisse der Alterssicherungskommission in Teilbereichen kritisch – halte die Äußerungen der Bundesarbeitsministerin für grundfalsch und in weiten Teilen höchst gefährlich.

Nicht weil jede Veränderung grundsätzlich falsch wäre. Sondern weil die Diskussion Gefahr läuft, Vertrauen immer weiter zu beschädigen und Menschen sowohl zu diskreditieren als auch zu demotivieren.

Wenn wir einerseits immer höhere Erwartungen an den öffentlichen Dienst formulieren, gleichzeitig aber die Grundlagen seiner Attraktivität immer wieder infrage stellen, dürfen wir uns über sinkende Bewerberzahlen und zunehmenden Fachkräftemangel nicht wundern.

Unsere Beschäftigten, die von heute und die von morgen, müssen sich darauf verlassen können, dass der Staat seine Verantwortung genauso ernst nimmt, wie er dies von ihnen erwartet. Und genau deshalb reicht es nicht aus, das Alimentationsprinzip immer wieder auf seine finanzielle Dimension zu reduzieren.

Das Alimentationsprinzip ist Ausdruck eines besonderen Staatsverständnisses und es ist Ausdruck gegenseitiger Verantwortung, genauso der Ausdruck der Erkenntnis, dass ein starker Staat nur

dann dauerhaft funktionieren kann, wenn er auch dauerhaft zu seinen Beschäftigten steht.

Vielleicht verbindet genau das beide Themen dieses Leitartikels stärker, als es auf den ersten Blick erscheinen mag. Die Gewalttat von Stade hat uns auf erschütternde Weise vor Augen geführt, welchen Risiken Menschen ausgesetzt sein können, die für unseren Staat Verantwortung übernehmen. Die Diskussion über die Alterssicherung zeigt uns gleichzeitig, wie wichtig Verlässlichkeit und Wertschätzung auch jenseits des aktiven Berufslebens sind.

Ich bin überzeugt: Ein starker Staat entsteht nicht durch Gesetze allein, nicht durch Verordnungen, nicht durch Haushaltspläne oder durch politische Sonntagsreden.

Er entsteht durch Menschen, die bereit sind, Verantwortung zu übernehmen.

Menschen, die helfen, schützen, das Recht durchsetzen und die unseren Staat jeden Tag tragen. Wer diesen Menschen Respekt entgegenbringt, schützt nicht nur den öffentlichen Dienst, sondern er schützt das Vertrauen in unseren Rechtsstaat und damit letztlich die Stabilität unserer Demokratie.

Ich wünsche an dieser Stelle den Angehörigen und Hinterbliebenen der Opfer von Stade alle Kraft, durch die kommenden Monate und Jahre zu kommen und hoffentlich wieder Fuß fassen zu können in ihrem Leben.

Unseren Kolleginnen und Kollegen wünsche ich dabei, dass es uns in der Zukunft gelingt, den verschiedenen gearteten Angriffen auf den öffentlichen Dienst und das Berufsbeamtentum – seien es gesellschaftliche, politische oder im schlimmsten Fall von Gewalt geprägte Angriffe – nicht nur zu begegnen, sondern diese im Idealfalle abzuwehren. Wir werden auch künftig unseren Beitrag zu einem friedlichen und demokratischen Zusammenleben leisten. Lassen Sie uns dies gemeinsam tun.

Ihr/Euer

Alexander Zimbehl

Impressum

Herausgeber: dbb beamtenbund und tarifunion niedersachsen, Raffaelstraße 4, 30177 Hannover. **Telefon:** 0511.3539883-0. **Telefax:** 0511.3539883-6. **E-Mail:** post@nbb.dbb.de. **Internet:** www.dbb-niedersachsen.de. **Bankverbindung:** BBBank Karlsruhe, BIC: GENODE61BBB, IBAN: DE07 6609 0800 0005 4371 56. **Redaktion:** Alexander Zimbehl (1. Landesvorsitzender), Azra Goronczy (Landesgeschäftsführerin), Vanessa Bucceri, Lia Napierski. **Redaktionsschluss:** 26.05.2026 **Verantwortlich für den Inhalt:** Alexander Zimbehl, Raffaelstraße 4, 30177 Hannover. Beiträge mit Autorenangabe stellen nicht unbedingt die Meinung des dbb beamtenbund und tarifunion niedersachsen dar.

Verlag: DBB Verlag GmbH. **Internet:** www.dbbverlag.de. **E-Mail:** kontakt@dbbverlag.de. **Verlagsort und Bestellschrift:** Friedrichstraße 165, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.7261917-0. **Telefax:** 030.7261917-40.

Titelfoto: © Getty Images

Herstellung: L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42–50, 47608 Geldern. **Layout:** Andrea Degner.

Anzeigen: DBB Verlag GmbH, Mediacenter, Dechenstraße 15 a, 40878 Ratingen. **Telefon:** 02102.74023-0. **E-Mail:** mediacenter@dbbverlag.de. **Anzeigenleitung:** Marion Clausen, **Telefon:** 030.7261917-32. **E-Mail:** marion.clausen@dbbverlag.de. **Anzeigenendisposition:** Britta Dorr, **Telefon:** 02102.74023-712. **Preisliste** 30, gültig ab 1.1.2026.

Bezugsbedingungen: Erscheint 10-mal jährlich. Bezugspreis für Nichtmitglieder pro Jahr 19,90 Euro. Für Mitglieder ist der Bezugspreis durch Mitgliedsbeitrag abgegolten. Bezug nur durch die Post. Einzelstücke durch den Verlag.

Nach der Bluttat von Stade

dbb niedersachsen fordert mehr Schutz für Beschäftigte des öffentlichen Dienstes in Niedersachsen

Der dbb niedersachsen ist tief erschüttert über die grausame Gewalttat in einer Jugendhilfeeinrichtung in Stade. Unsere Gedanken sind bei den Opfern, ihren Familien, ihren Kolleginnen und Kollegen sowie allen Menschen, die dieses unfassbare Verbrechen miterleben mussten. Den Angehörigen gilt unser tief empfundenes Mitgefühl.

Mit besonderer Betroffenheit nehmen wir zur Kenntnis, dass nach bisherigem Ermittlungsstand die Todesopfer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einer Jugendhilfeeinrichtung sowie des Jugendamtes waren – Menschen, die sich beruflich dem Schutz, der Betreuung und der Unterstützung anderer verschrieben hatten.

„Wer im öffentlichen Dienst Verantwortung für andere Menschen übernimmt, darf dafür niemals mit seinem Leben bezahlen. Diese Tat erschüttert uns alle zutiefst und macht fassungslos“, erklärt Alexander Zimbehl, 1. Landesvorsitzender des dbb niedersachsen.



Der dbb niedersachsen warnt seit Jahren vor einer zunehmenden Verrohung im Umgang mit Beschäftigten des öffentlichen Dienstes. Beleidigungen, Bedrohungen und tätliche Angriffe gehören für viele Kolleginnen und Kollegen inzwischen zum Berufsalltag. Die schrecklichen Ereignisse von Stade führen in besonders grausamer Weise vor Augen, welchen Gefahren Beschäftigte ausgesetzt sein können,

wenn sie im staatlichen Auftrag schwierige und oftmals konfliktreiche Entscheidungen begleiten.

„Unsere Kolleginnen und Kollegen in Jugendämtern, sozialen Diensten, Schulen, Polizei, Justiz, Ordnungsverwaltung oder Rettungsdiensten übernehmen jeden Tag Verantwortung für unsere Gesellschaft. Sie brauchen nicht nur unseren Dank, sondern den bestmöglichen Schutz. Gewalt gegen Beschäftigte des öffentlichen Dienstes ist ein Angriff auf unseren Rechtsstaat“, so Zimbehl weiter.

Der dbb niedersachsen fordert deshalb, den Schutz der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes konsequent weiterzuentwickeln. Dazu gehören eine realistische Gefährdungsanalyse an besonders sensiblen Arbeitsplätzen, geeignete Sicherheitskonzepte, eine ausreichende personelle Ausstattung, regelmäßige Deeskalations- und Sicherheitsschulungen sowie eine konsequente strafrechtliche Verfolgung von Bedrohungen und Angriffen gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst.

fern von Gewalt werden. Der Staat hat eine besondere Verantwortung, diejenigen zu schützen, die täglich in seinem Auftrag Verantwortung für andere übernehmen. Stade muss für uns alle Mahnung und Auftrag zugleich sein.“

Unser ausdrücklicher Dank gilt den Einsatzkräften von Polizei, Feuerwehr, Rettungsdiensten sowie den Kriseninterventionsteams, die unter schwierigsten Bedingungen schnell, professionell und mit großem persönlichen Einsatz gehandelt haben.

Der dbb niedersachsen wird die weiteren Ermittlungen mit großer Aufmerksamkeit verfolgen. Zugleich gilt: Jetzt ist die Zeit des Mitgefühls, der Trauer und des Respekts gegenüber den Opfern und ihren Angehörigen. ■





Kommission der Bundesregierung legt Bericht vor

Rente muss auch in Zukunft den Lebensstandard sichern

„Eine pauschale Erhöhung des Renteneintrittsalters lehnen wir ab. In vielen Berufen schaffen es die Kolleginnen und Kollegen gesundheitlich schon heute kaum bis zum regulären Renteneintritt“, sagte der dbb Bundesvorsitzende Volker Geyer Ende Juni nach der Vorstellung der Empfehlungen der Rentenkommission in Berlin.

„Wenn überhaupt, ist das nur machbar mit entsprechend großzügigen Ausnahmen nach einer Gesundheitsprüfung, wie sie im Kommissionsbericht angedacht sind. Hier wird es also

auf die konkrete Ausgestaltung ankommen.“ Zum von der Kommission vorgeschlagenen „Schwedischen Modell“ einer teilweisen Kapitaldeckung der Rentenansprüche sagte Geyer: „Das ist eine interessante Idee, aber der Teufel steckt bekanntlich im Detail. Die Regierung spricht dauernd davon, die Belastungen für Beschäftigte und Wirtschaft senken zu wollen. Das Gegenteil würde aber beim angedachten Kapitaldeckungsmodell passieren. Die Lohnnebenkosten würden weiter erhöht. Für unsere Kolleginnen und Kollegen würde das also

bedeuten, dass noch weniger netto vom brutto bleibt. So geht das nicht.“

Für den dbb sei klar: Bei allen angedachten Maßnahmen – auch hinsichtlich des Rentenniveaus – müsse sichergestellt werden, dass der Lebensstandard aktueller sowie künftiger Rentnerinnen und Rentner gewahrt werde. Hinsichtlich des Berufsbeamtentums sieht sich der dbb durch die Empfehlungen weitestgehend bestätigt. „Die Kommission hält eine Einbeziehung der Beamtinnen und Beamten in die gesetzliche Ren-

tenversicherung für nicht sinnvoll. Wie wir. Die Kommission empfiehlt, dass Bund und Länder verpflichtend Vorsorge für zukünftige Pensionszahlungen treffen müssen. Wie wir. Die Kommission sieht die Notwendigkeit, dass Änderungen im Rentenrecht systemgerecht auf die Versorgung übertragen werden müssen. Das ist bereits heute im Wesentlichen gängige Praxis“, erklärte Geyer.

„Wir werden nun alle Vorschläge einzeln und in ihrer Gesamtheit im Detail prüfen und bewerten“, so der dbb Chef. ■

dbb Bundeshauptvorstand: Reformideen für das Beamtentum beschlossen

Im Januar hat dbb Chef Volker Geyer ein Reformpapier für das Berufsbeamtentum angekündigt. Nun wurde es vom dbb Bundeshauptvorstand beschlossen.

Vor dem Hintergrund aktueller politischer Entwicklungen betonte der dbb Chef die Notwendigkeit, das Berufsbeamtentum vor politischer Einflussnahme zu schützen: „Beamtinnen und Beamte leisten einen Eid auf das Grundgesetz, sie sind ein Bollwerk gegen jeden Extremismus“, sagte der dbb Bundesvorsitzende Volker Geyer am 23. Juni 2026.

„Was aber, wenn nach einer Wahl an der Behördenspitze

kein Demokrat steht? Um die Kolleginnen und Kollegen zu schützen, sollte es im Bund und in allen Ländern die Regel sein, dass in den Behörden nur einfache Disziplinarmaßnahmen durchgeführt werden. Alle statusrelevanten Maßnahmen wie die Entfernung aus dem Beamtenverhältnis müssen unbedingt den Verwaltungsgerichten vorbehalten bleiben.“

Außerdem fordert der dbb, dass die Zahl der sogenannten „politischen Beamten“ beschränkt wird. „Das sehen nicht nur wir als dbb so, das fordert auch das Bundesverfassungsgericht“, erklärte Geyer. „Entscheidend muss die konkrete politische Schlüsselstellung sein. Wenn

also zwischen politischer Spitze und einem leitenden Beamten noch ein, zwei Führungsebenen vorhanden sind, verbietet sich nach unserer Auffassung dort der Status des politischen Beamten.“

Auch bestehe die Gefahr, dass bei der Einsetzung von politischen Beamten das für das Berufsbeamtentum unerlässliche Prinzip der Bestenauslese unterlaufen werde.

■ Mehr Flexibilität gefordert

„Durch die Föderalismusreformen sehen wir, dass Bund und Länder in zentralen Fragen immer weiter auseinanderdriften.

Ein Wechsel zwischen den Dienstherren wird dadurch erschwert. Wir fordern daher, eine Grundeinheitlichkeit im gesamten Beamtenrecht herzustellen“, machte Geyer außerdem deutlich.

„Der öffentliche Dienst muss auch attraktiver für Fachkräfte aus der Wirtschaft und Wissenschaft werden. Dazu gehört nicht nur, dass Einstellungsverfahren beschleunigt und vereinfacht werden, sondern auch verbindliche Regelungen für die Anerkennung von Berufserfahrung für die angestrebte Laufbahn.“

Quelle: dbb beamtenbund und tarifunion

dbb niedersachsen sorgt mit Eisspende für strahlende Kinderaugen

Bei hochsommerlichen Temperaturen von rund 35 Grad sorgte der dbb niedersachsen für eine willkommene Abkühlung an der Grundschule Osterwald Ober-

ende in Garbsen. Mit einer großzügigen Eisspende wurden rund 100 Kinder der 1. bis 4. Klassen in der Betreuungszeit überrascht.

Die Freude bei den Schülerinnen und Schülern war groß, als jedes Kind ein erfrischendes Eis erhielt. Gerade an einem derart heißen Sommertag war die klei-

ne Aufmerksamkeit eine gelungene Abwechslung und sorgte für strahlende Gesichter. Die Eisspende bot nicht nur eine angenehme Erfrischung, son-



© DBB Niedersachsen



Niedersachsen

dern machte den Kindern den Nachmittag in der Betreuung zu einem besonderen Erlebnis.

Mit der Aktion unterstreicht der dbb niedersachsen sein Engage-

ment für Kinder und die Region. Gerade kleine Gesten können an heißen Tagen viel bewirken – und den Kindern noch lange in guter Erinnerung bleiben.

Der dbb niedersachsen unterstützt die Kinderfeuerwehr Osterwald Oberende beim Regionszeltlager

14. Regionszeltlager der Kinderfeuerwehren der Region Hannover

Vom 3. bis 5. Juli 2026 verwandelte sich Bokeloh erneut in ein buntes Zeltlager voller Teamgeist, Spiel und Gemeinschaft. Beim 14. Regionszeltlager der Kinderfeuerwehren der Region Hannover kamen wie erwartet rund 1.400 Kinder und Betreuerinnen und Betreuer aus mehr als 40 Kinderfeuerwehren zusammen, um gemeinsam ein unvergessliches Wochenende zu erleben.

Auch die Kinderfeuerwehr Osterwald Oberende nahm mit großer Freude an der Veranstaltung teil. Unterstützung erhielt sie dabei vom dbb niedersachsen, der die Gruppe mit einer großzügigen Wasserspende versorgte. Gerade bei den sommer-

lichen Temperaturen war die ausreichende Versorgung mit Getränken ein wichtiger Beitrag zum Wohlbefinden der Kinder und Betreuer.

Mit der Abreise der Kinderfeuerwehren am Sonntag endete das diesjährige Regionszeltlager der Kinderfeuerwehren. Doch auf dem Zeltplatz kehrte keine Ruhe ein: Direkt im Anschluss begann das Regionszeltlager der Jugendfeuerwehren der Region Hannover, das sich über eine ganze Woche erstreckte. Damit blieb Bokeloh auch in den folgenden Tagen ganz im Zeichen der Feuerwehrjugend und des ehrenamtlichen Engagements. Die Organisatoren ziehen erneut ein positives Fazit:



© Kinderfeuerwehr Osterwald Oberende

Das Regionszeltlager zeigte einmal mehr, wie wichtig die Nachwuchsarbeit in den Feuerwehren ist. Für die teilnehmenden Kinder bleibt das Wochenende

in Bokeloh mit seinen vielen gemeinsamen Erlebnissen, spannenden Wettbewerben und jeder Menge Spaß sicherlich noch lange in bester Erinnerung.

Aktuelles aus unseren Mitgliedsgewerkschaften

An dieser Stelle berichten wir über aktuelle Themen, welche unsere Mitgliedsgewerkschaften und -verbände derzeit beschäftigen.



PHVN

Dr. Christoph Rabbow, Vorsitzender des Philologenverbandes Niedersachsen, zu der drastisch gestiegenen Zahl von Schulabbrechern:

„Im Sommer 2025 verließen laut Ministerium 9,5 Prozent der Schülerinnen und Schüler die allgemeinbildenden Schulen mit weniger als einem

Hauptschulabschluss. Im Jahr zuvor lag die Quote noch bei 8,7 Prozent, vor zehn Jahren bei 5,4 Prozent. Dies ist ein Alarmsignal. Die Kultusministerin benennt im NDR zwar Defizite in Deutsch und Mathematik sowie die Folgen der Coronapandemie als Ursachen, verweist aber dann darauf, dass es sich um bundesweite Herausforderungen handele. Bildungspolitik ist Ländersache und Rot-Grün setzt lieber 800 Millionen für Tablets ab Klasse sieben ein, als den Fokus auf die grundlegenden Hintergründe dieser

Entwicklungen zu richten. Natürlich sind insbesondere nach Corona die Auffälligkeiten bei der mentalen Gesundheit in den Schulen gestiegen und die Forderungen nach mehr Schulsozialarbeit und mehr Schulpsychologen unterstützen wir ausdrücklich. Wenn aber Schülerinnen und Schülern das grundlegende Handwerkszeug fehlt, um im Unterricht zu bestehen, ist die Zahl der Schulabbrecher kaum verwunderlich. Wir fordern daher ein Gesamtpaket von Maßnahmen:

- > In allen Jahrgängen fordern wir eine zusätzliche Klassenlehrerstunde, in der Probleme mit der Klasse erörtert werden können.
- > Deutsch als Bildungssprache: Defizite in Wort und Schrift durch individuelle Sprachförderung frühzeitig abbauen.
- > Mathematik als Kernfach: Frühzeitig die Lücken in der Arithmetik und Algebra (Klasse 5 bis 8) diagnostizieren und schließen.



- > Pro 500 Schülerinnen und Schüler eine Stelle in der Schulsozialarbeit.
- > Pro 1.000 Schülerinnen und Schüler einen Schulpsychologen (kleinere Systeme teilen sich einen Schulpsychologen).
- > Angebote für Fortbildungen für mentale Gesundheit erhöhen.
- > Grundlagen zu Problemen aus der Jugendpsychiatrie in die Lehrerbildung integrieren (Schulangst, Schulphobie, Anorexie, Bulimie, Ritzen ...).“

DPoG Niedersachsen fordert ganzheitliche Sicherheitskonzepte für die Kommunen.

Die aktuelle Diskussion um sogenannte „Angstzonen“ in Hannover zeigt aus Sicht der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoG) Niedersachsen ein grundlegendes Problem kommunaler Sicherheitspolitik: Wer auf einzelne Brennpunkte nur

mit punktuellen Maßnahmen reagiert, verschiebt Probleme häufig lediglich in die nächste Straße, vor das nächste öffentliche Gebäude oder in angrenzende Quartiere. Sicherheit entsteht nicht durch Verdrängung, sondern durch tragfähige Strukturen.

Anlass sind die Berichte über die Situation am Raschplatz, am Hauptbahnhof Hannover und im Umfeld des Amtsgerichts Hannover. Wenn Beschäftigte eines Gerichts aufgrund einer verlagerten Drogenszene Angst haben, zur Arbeit zu gehen, und Rechtssuchende Termine meiden, ist das kein lokales Randproblem mehr, sondern ein Warnsignal für alle größeren Kommunen in Niedersachsen.

Die DPoG Niedersachsen warnt davor, die Debatte allein auf „mehr Polizei“ zu verengen. Die Polizei ist durch wachsende Aufgaben, steigende Einsatzbelastung, zusätzliche Kontroll- und Präsenzansforderungen sowie

neue Konfliktlagen längst am Limit. Wer jedes kommunale Problem im öffentlichen Raum durch zusätzliche Streifen lösen will, verschiebt Verantwortung auf die Einsatzkräfte. Rechtlich und praktisch gilt: Gefahrenabwehr ist in Niedersachsen gemeinsame Aufgabe von Verwaltungsbehörden und Polizei. Für Aufgaben der Gefahrenabwehr sind als Verwaltungsbehörden jedoch grundsätzlich die Gemeinden zuständig, soweit keine besondere Zuständigkeitsregelung besteht.

Die Polizei bleibt unverzichtbarer Partner – insbesondere bei konkreten Gefahren, Straftaten, Eilfällen und Vollzugslagen. Sie darf aber nicht zum Ausfallbürgen kommunaler, sozialpolitischer und städtebaulicher Defizite werden.

Die DPoG Niedersachsen fordert daher:

- > Dauerhafte sichtbare Präsenz: statt kurzfristiger Schwer-

punktaktionen; Quattro-Streifen dürfen keine PR-Maßnahme bleiben.

- > Starke kommunale Ordnungsdienste: mit klaren Befugnissen, Ausbildung, Schutzkonzepten und ausreichender Ausstattung.
- > Dezentrale Sozial- und Suchtangebote: damit Probleme nicht an wenigen Orten konzentriert und neue Brennpunkte erzeugt werden.
- > Städtebauliche Kriminalprävention: Beleuchtung, Übersichtlichkeit, Sauberkeit, Pflege des öffentlichen Raums und Aufenthaltsqualität.
- > Ehrlichkeit beim Polizeipersonal: Entscheidend ist die tatsächliche Einsatzstärke im Einsatz- und Streifendienst, nicht die abstrakte Zahl im Haushalt.

Nachruf Jürgen Hüper

Mit großer Bestürzung, tiefem Respekt und aufrichtiger Trauer haben wir Anfang Juli erfahren, dass unser langjähriges Landesvorstandsmitglied Jürgen Hüper unerwartet verstorben ist.

Mit Jürgen Hüper verlieren wir nicht nur einen engagierten Kollegen und Weggefährten, sondern eine außergewöhnliche Persönlichkeit, die mit viel Herz, großem Einsatz und besonderem Weitblick die gewerkschaftliche Arbeit über viele Jahrzehnte hinweg nachhaltig geprägt hat.

Jürgen war Mitglied der Deutschen Steuer-Gewerkschaft Niedersachsen (DSTG), Vorsitzender des Seniorenverbandes BRH Niedersachsen, langjähriges Mitglied unseres Landesvorstandes sowie über viele Jahre Vorsitzender der Seniorenvertretung des dbb niedersachsen. Darüber hinaus war er in zahlreichen Gremien unserer gewerkschaftlichen Organisationen tätig und eine prägende Stimme unserer gemeinsamen Arbeit. Mit seinem unermüdlichen Engagement, seiner Erfahrung und seiner tiefen Verbundenheit zu unseren gewerkschaftlichen Grundwerten hat er die Arbeit der Deutschen Steuer-Gewerkschaft und des dbb beamtenbund und tarifunion niedersachsen entscheidend mitgestaltet.

Für viele von uns war Jürgen weit mehr als ein geschätzter Kollege. Er war Freund, Ratgeber und Wegbegleiter. Mit seiner offenen, herzlichen und zugewandten Art hatte er stets ein offenes

Ohr für die Anliegen anderer und stand jederzeit mit Rat und Tat zur Seite. Sein aufrichtiges Interesse an den Menschen, seine Menschlichkeit und seine Verlässlichkeit machten ihn zu einem besonderen Menschen, dessen Wirken und Persönlichkeit unvergessen bleiben werden.

Die Nachricht von seinem plötzlichen Tod hat uns tief erschüttert. Unsere Gedanken und unser aufrichtiges Mitgefühl gelten seiner Ehefrau Ruth, seiner gesamten Familie sowie allen, die ihm nahestanden.

Wir werden Jürgen Hüper ein ehrendes Andenken bewahren und ihn stets in dankbarer und guter Erinnerung behalten. Sein Wirken, seine Überzeugungen und sein unermüdlicher Einsatz für unsere gemeinsame Sache werden uns Verpflichtung und Vorbild zugleich bleiben.



© DSTG Niedersachsen